

13. Okt. 1964

12. Oktober 1964

OESTERREICHISCHE DELEGATION
BEI DER HOHEN BEHÖRDE
DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT
FÜR KOHLE UND STAHL

LUXEMBURG, 48
47, RUE NOTRE-DAME
TELEFON: 255-57
TELEGRAMMADRESSE: AUSTROGES

Zl. 342-E-Res/64

Widerstand Italiens gegen
Assozierung Oesterreichs an die ENG

G e h e i m

1 Bandakopie an BMHW

2-fach an BMAA

mm
H.S.

VERSCHLUSS!

III

An das

Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau
Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten

W i e n

der

Ein befreundeter Politiker erzählte mir dieser Tage, dass es bei einem Diner während der jüngsten Tagung der liberalen Parteien der Sechs in Stresa zu einer heftigen Auseinandersetzung über den österreichischen Assozierungsantrag kam. In Anwesenheit führender liberaler Persönlichkeiten machte der ehemalige italienische Außenminister und zeitweilige Präsident des Europäischen Parlaments Gaetano MARTINO dem Mitglied der Kommission der ENG Jean REY Vorwürfe, wie die Kommission dazu komme, mit Oesterreich über eine Assoziation zu verhandeln. Im Verlauf der Debatte habe Martino dann erklärt, man solle doch den österreichischen Antrag ganz einfach hinhaltend behandeln. Diese Auseinandersetzung sei so heftig gewesen, dass die beiden Gegner den ganzen Abend lang nicht mehr miteinander gesprochen hätten. Auf meine Frage, wie sich der anwesende französische Liberale René PLEVEN in der Diskussion verhalten habe, kam die Antwort: Eher flau.

Auf ausdrückliche Bitte ersuche ich um strikte Geheimhaltung dieser Mitteilungen.

Kopie ergeht an
Oesterreichische Mission
B r ü s s e l

Der Delegationsleiter i.V.:

Justus Schmidt

12. Okt. 1964

BRÜSSEL, 8. Oktober 1964

Zl. 439-RES/64

EWG - Österreich;
italienische Haltung

H. D. K.
H. S.
Banda III

An das

- 1) Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau
- 2) Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten
- 3) Bundeskanzleramt - Sektion für wirtschaftliche Koordination

Wien

Für Österreich ist es nützlich, aber nicht unbedingt entscheidend zu wissen, welche Motive Frankreich, die BRD und Luxemburg veranlassen, das Österreichische Assoziierungsbegehren zu befürworten. Das selbe gilt auch für die einmal mehr und einmal weniger positive Haltung der Niederlande und Belgiens in dieser Frage.

Welche Überlegungen bewogen aber Italien, bei den Beratungen der Österreich-Frage innerhalb der Sechs eine ablehnende oder besser eine verzögernde Haltung einzunehmen? Gespräche, welche die ho. Mission mit Vertretern des EWG-Ministerrates, der EWG-Kommission, der Ständigen Vertretungen, insbesondere der italienischen, führte, geben gewisse Hinweise auf diese Motive.

1) Südtirol

Mit ziemlicher Sicherheit kann ausgeschlossen werden, daß Südtirol hierbei eine maßgebende Rolle spielt. Nie seien sich Österreich und Italien in dieser Frage so nahe und nie sei die Aussicht auf eine Lösung so groß gewesen - meint man in der italienischen Ständigen Vertretung. Wollte man ein Junktim zwischen Südtirol und der Assozierung herstellen, würde man die positive Dynamik der Südtirol-

Verhandlungen abschwächen - woran die italienische Regierung nicht das geringste Interesse habe. Italienischerseits glaube man auch nicht, daß sich die Wiener Regierung im Wege über Brüssel zu irgendeinem Handeln oder Unterlassen in der Südtirol-Frage zwingen lasse.

Diese intellektuelle Einschätzung der Situation schließt aber keineswegs die Möglichkeit aus, daß in der policy making-Gruppe der Beamtenschaft des italienischen Außenministeriums die Frage Südtirol unterschwellig und uneingestanden die Weisungen an die italienische Delegation in Brüssel beeinflusst.

Selbst das Risorgimento liefert noch für viele Bereiche der italienischen Außenpolitik Anregungen.

2) Ost-Politik

Südtirol ist es - wenn man den Gesprächspartnern glauben darf - also nicht. Dafür könnte es aber, wie sie meinen, die Sorge Italiens sein, keine neue Gefahr mit dem Osten heraufzubeschwören; dies vor allem im Hinblick auf seinen sehr beträchtlichen Osthandel, der im Jahr 1963 besonders stark gestiegen ist und sich sogar dem Osthandelsvolumen der BRD angenähert hat. Dieses Argument wurde auch von einem Mitglied der italienischen Ständigen Vertretung verwendet, welches das Verhalten seiner Regierung in der Österreich-Frage mit dem Hinweis darauf begründete, daß man ja im Grunde noch nicht wisse, wie die endgültige Haltung der Sowjetunion und der übrigen Oststaaten auf eine Assoziation mit Österreich sein werde.

3) Anschlußfurcht

Beim selben Gespräch meinte der italienische Kollege, in Rom sei man auch ein wenig von der "Kast" beunruhigt, mit welcher die BRD - sie hat jetzt den Vorsitz im Ministerrat

der EWG - die Österreich-Frage in Brüssel durchzuspeitschen versuche. Ungute Erinnerungen würden hierbei wach und mahnten zur Vorsicht.

Ein Zeichen dieser Hart sei es auch, daß der Kommissionsbericht überhaupt keine eingehende Untersuchung der handelspolitischen Auswirkungen einer Assoziation Österreichs auf die Volkswirtschaften der sechs Mitgliedstaaten enthalte. In Rom sehe man sich daher, so der italienische Kollege, gezwungen, dieses Veräumnis nachzuholen - obwohl man wisse, daß die EWG-Kommission die entsprechenden Unterlagen in der Lade habe. Die Experten in Rom rechnen daher gegenwärtig aus, wieviel die Assoziation Österreichs koste, und zwar auf 1000 Dollar genau. Globale Feststellungen, daß Italien nur Vorteile habe, seien nicht ausreichend; dies vor allem deshalb nicht, weil Österreich ein umfangreiches Sonderregime für seinen Osthandel wünsche und aus Neutralitätsgründen glaube, gewisse Sonderregelungen dauernder Natur, insbesondere auf dem landwirtschaftlichen Sektor, beanspruchen zu müssen.

4) Mittelmeer-Politik der EWG

Sind es also kommerzielle Interessen, die Italien veranlassen, das österreichische Assoziierungsbegehren sorgfältig abzuwägen? Die von der Mission geführten Gespräche veranlassen sie zu glauben, daß dies sehr wahrscheinlich ist. Es ist aber nicht zu sehr die Sorge um den Osthandel, wie man in der Ständigen Vertretung Italiens andeutete; es scheint vielmehr die Sorge um seine Stellung im Mittelmeerraum zu sein. Dies scheint im ersten Augenblick nicht viel mit Österreich zu tun zu haben. Man muß jedoch nur die bisherige "Außenpolitik" der EWG und die Pläne für die nächsten Schritte prüfen, um zu verstehen, daß Italien mit Recht die Beeinträchtigung seiner Interessen durch die Mittelmeer-Politik der Gemeinschaft beklagt. Das gilt sowohl für die

Assozierung Griechenlands und der Türkei als auch für den Handelsvertrag mit Israel, die künftigen handelspolitischen Regelungen mit den Staaten des Maghreb und erst recht für jene mit Spanien, die das Bild - für Italien - noch verschlechtern werden. Eine Probrechnung zeigt, daß die Befriedigung der Wünsche aller dieser Länder durch die EWG nur unter jeweils geringerer oder größerer Beeinträchtigung der italienischen Interessen erfolgt ist oder erfolgen kann.

Deshalb hat die italienische Regierung auch dem EWG-Ministerrat das Memorandum über die Assozierungsdoktrin vorgelegt: ein erster konkreter Hinweis darauf, daß die italienische Regierung in Zukunft nicht mehr so großzügig den Verhandlungsergebnissen mit Mittelmeerländern entgegenzusehen wird. Sie wird nur noch solchen Lösungen im Mittelmeerraum - und auf diesen bezog sich unzweifelhaft das Assozierungsmemorandum - zustimmen, die den Bedürfnissen der italienischen Wirtschaft Rechnung tragen. Beobachter in Brüssel glauben, daß Italien in Österreich ein Pfand sieht, mit welchem es der BRD und vor allem Frankreich eine annehmbare Mittelmeer-Politik abtrotzen kann.

Die Vermutung, daß Italien die Österreich-Frage dazu benütze, um sich von jenen Mitgliedstaaten, die an einer positiven Lösung ein Interesse haben, etwas einzuhandeln, hat auch deshalb sehr viel für sich, weil alle Anzeichen darauf hinweisen, daß Frankreich seine Stellung im Mittelmeer in der nächsten Zeit verstärken will. Eine solche französische Initiative dürfte aber, so spekuliert man in Brüssel, mit den sehr bedeutenden Interessen Italiens in diesem Bereich kollidieren; ein Anlaß mehr für Italien, sich vorzusehen und ein Tauschgeschäft mit Frankreich vorzubereiten.

Die Motive, aus denen Italien gegenwärtig in der Österreich-Frage eher zu bremsen versucht, sind ziemlich komplex und wenig überschaubar. Es ist aber anzunehmen - und von italienischer Seite wird dies angedeutet -, daß es nicht zu einem endgültigen Veto Italiens gegenüber dem österreichischen Assoziierungswunsch kommen dürfte. Italien habe sich, so versichert man in der Ständigen Vertretung, in der Geschichte der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft niemals gegen den geschlossenen Willen der übrigen Fünf gewandt. Italien behalte sich aber im Augenblick das Recht vor zu verlangen, daß genau untersucht werde, welche Auswirkungen die Assoziierung Österreichs auf die Gemeinschaft als Ganzes und auf die einzelnen Mitglieder haben werde.

Tatsächlich dürfte jedoch die italienische Verzögerungstaktik darauf zurückzuführen sein, sich seine endgültige Zustimmung durch Konzessionen auf anderen Gebieten abkaufen zu lassen.

Der Missionschef:

LEMBERGER n.p.